

Nr. 4715 J

II- 9578 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

1993 -04- 23

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Partik-Pablé , Böhacker

an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr

betreffend illegale Beschäftigung von Reinigungskräften bei der Post

Wie der Erstanfragestellerin bekannt wurde, wird in einem österreichischen Postamt eine zweifelhafte Praxis ausgeübt: Für eine 18-Stunden-Woche wird eine Reinigungskraft beschäftigt, die einen Stundenlohn von ÖS 55,-- erhält. Das Postamt bezahlt also monatlich ÖS 4.158,-- für die Reinigungskraft.

Obwohl ihr Gehalt damit über dem Freibetrag liegt, wurde sie nicht angemeldet. Das bedeutet, daß sie auch nicht versichert ist und weder Weihnachts- noch Urlaubsgeld erhält. Dieser Mißbrauch der Einrichtung des Freibetrages erscheint bedenklich, zumal derartige Praktiken auch in anderen, österreichischen Postämtern geübt werden sollen.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr nachstehende

ANFRAGE

- 1) Ist Ihnen diese Praxis bekannt?
- 2) Wenn nein, werden Sie Untersuchungen anstellen, um diese Fälle aufzudecken?
Wenn nein, warum nicht?
- 3) Wenn ja, wieviele derartige Fälle sind Ihnen bekannt?
- 4) Wie beurteilen Sie derartige Vorgangsweisen nachgeordneter Dienststellen im Hinblick auf die offiziell von der Regierung angestrebte Eindämmung der Schwarzarbeit?
- 4) Existiert ein rechtlicher Passus, daß diese Reinigungskräfte nicht anzumelden sind?
Wenn ja, gibt es Überlegungen, diesen Passus zu ändern?
- 5) Was werden Sie unternehmen, um diesen Mißstand zu unterbinden?